

MAGAZIN

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

www.erwachsenenbildung.at/magazin

Nr. 2, 2007
Update Dezember 2007

Lebenslanges Lernen in Österreich -
politische, organisatorische, finanzielle
und didaktische Anforderungen

Lorenz Lassnigg, IHS

Aspekte einer österreichischen
LLL-Strategie –
Bemerkungen zur Diskussion

Aspekte einer österreichischen LLL-Strategie – Bemerkungen zur Diskussion

von Lorenz Lassnigg, IHS

Lorenz Lassnigg (2007): Aspekte einer österreichischen LLL-Strategie –
Bemerkungen zur Diskussion. Online im Internet:

<http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/07-2/meb07-2.pdf>. ISSN 1993-6818

Erscheinungsort: Wien. 36.657 Zeichen. Veröffentlicht Dezember 2007.

Schlagworte: Grundsatzdebatte, Effizienz, Emanzipation, Online-Diskussion,
Finanzierung, Finanzbedarf

Abstract

Was können wir aus den Beiträgen der Nr. 2/2007 des Magazin erwachsenenbildung.at über den Stand und die Weiterführung der Diskussion um die Entwicklung des lebenslangen Lernens in Österreich lernen? Anhand der Identifikation und Gegenüberstellung ausgewählter Aussagen der einzelnen AutorInnen der Ausgabe soll gezeigt werden, auf welche Botschaften sich der Diskurs zusammenführen lässt und welche Fragen hierbei unbeantwortet bleiben. In diesem Rahmen wird auf die Grundsatzdebatte über Effizienz und Emanzipation ebenso eingegangen wie auf Chancengleichheit, Benachteiligung, Förderungsformen, Finanzbedarfe und neue Evidenzen. Abschließend resümiert der Autor jene Diskussion über die Nr. 2/2007 des Magazin erwachsenenbildung.at, die nach dessen Veröffentlichung online geführt wurde.

Aspekte einer österreichischen LLL-Strategie – Bemerkungen zur Diskussion

von Lorenz Lassnigg, IHS

In den letzten Monaten ist mit den Vorschlägen der Sozialpartner¹ die österreichische Diskussion um eine LLL-Strategie deutlich konkreter geworden. Mit der Ausgabe Nr.2 des **Magazin erwachsenenbildung.at** wurde einer vertiefenden Auseinandersetzung mit den verschiedenen Aspekten einer derartigen Strategie Raum gegeben. Die eingelangten Beiträge können als Spiegel für den Stand der Diskussion in Österreich gesehen werden. Sie beziehen sich auf einen speziellen Ausschnitt der insgesamt angesprochenen Fragen: Von den im ExpertInnenpapier 2007² vorgeschlagenen Leitlinien werden vor allem Aspekte der *LernerInnenzentrierung* und der Förderung bestimmter *Zielgruppen* diskutiert. Ein thematisch starker Schwerpunkt bezieht sich auf *allgemeinere Fragen* der theoretischen und politischen Begründung und Ausformung des LLL sowie auf vernachlässigte Aspekte im ExpertInnenpapier 2007. Zu den *finanziellen Aspekten* werden allgemeine Effizienzüberlegungen angestellt und spezifische Schwerpunkte und Finanzbedarfe herausgearbeitet. Insbesondere auf *politischer* und *organisatorischer Ebene* sind nur wenige Aspekte behandelt worden.

Was können wir aus den Beiträgen zum Stand und zur Weiterführung der Diskussion um die Entwicklung des LLL in Österreich lernen?

Grundsatzdebatten: Effizienz und Emanzipation

Offensichtlich haben die AutorInnen das Bedürfnis, sich mit allgemeinen Basisbegründungen und -argumentationen zum Begriff des Lifelong Learning auseinander zu setzen – das bedeutet umgekehrt, dass dieser Begriff und seine bildungspolitischen Implikationen bisher nicht (vielleicht nie) als geteilter Überzeugungshintergrund gesehen wurden. In den Beiträgen kann man feststellen, dass die AutorInnen von einer ähnlichen Situationsdefinition ausgehen, ihre Bewertungen und Schlussfolgerungen jedoch in unterschiedliche Richtungen verlaufen. Die Notwendigkeit zur Etablierung einer Lifelong-Learning-Orientierung in der

¹ Nähere Informationen dazu auf: http://www.sozialpartner.at/sozialpartner/ChanceBildung_20071003.pdf und http://www.arbeiterkammer.at/pictures/d59/ChanceBildung_Kurzfassung.pdf

² Nähere Informationen dazu auf: http://www.erwachsenenbildung.at/services/publikationen/sonstige/leitlinien_III-strategie_endversion_2007.PDF

Bildungspolitik setzt an der wachsenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Dynamik an, die mit Prozessen der Individualisierung und auch steigenden Anforderungen und Risiken für die Individuen verbunden sind. Das Bildungswesen der Erstausbildung ist demgegenüber auf langfristige Stabilität ausgerichtet und wird diesen Veränderungen zunehmend nicht mehr gerecht. Weiterlernen wird daher zunehmend nötig, sowohl um neue Qualifikationsbedarfe zu decken, wie auch um die Lebensgestaltung zu unterstützen. Insoweit werden die Einschätzungen geteilt. Teilweise werden auch Rückwirkungen auf die Erstausbildung angesprochen, die das Weiterlernen besser unterstützen soll.

Im Bereich der Bewertungen werden in den Beiträgen auch die ökonomischen und gesellschaftlichen Imperative in den Grundzügen weitaus mehr geteilt, als dies sonst in der Diskussion der Fall ist (in der teilweise grundlegende bildungsökonomische Erkenntnisse wie die Renditen auf Humankapital immer noch nicht als ideologische Konstrukte oder „Imaginationen“ zur Kenntnis genommen werden): Das Weiterlernen bringt bedeutende ökonomische Erträge: gesellschaftlich, da höhere Qualifikationen nötig werden, und individuell, da höhere Qualifikationen im Durchschnitt die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beteiligungschancen verbessern. Die AutorInnen nehmen aber durchaus eine unterschiedliche Distanz zu diesen „Imperativen“ ein. **Gudrun Biffel** sieht den Zwang zur Flexibilität als neue ökonomische Realität, die die traditionelle Vollbeschäftigung ablöst. Eine ähnliche sachliche Grundsicht ergibt sich auch aus der kritischen Perspektive der „Gouvernementalität“ (**Agnieszka Dzierzbicka**), wenn sich auch die Schlussfolgerungen der beiden AutorInnen beträchtlich voneinander unterscheiden.

Ein zweiter Diskussionspunkt betrifft die Akzentuierungen der Zielsetzungen – oder auch – der Programmatik des Lifelong Learning. Man kann dies vielleicht mit der Gegenüberstellung von Effizienz und Emanzipation auf den Punkt bringen: Lernen für den Arbeitsmarkt *oder* Lernen für die persönliche Entwicklung und Entfaltung? Die Frage nach dem Verhältnis dieser beiden „Normen“ ist eine ideologisch-politische Grundfrage in den Auseinandersetzungen um die Notwendigkeit einer LLL-Strategie. **Michael Landertshammer** bezieht sich diesbezüglich auf Hans Pechar: *„In der Wissensgesellschaft stehen Bildung und Wirtschaft in keinem antagonistischen, sondern in einem symbiotischen Verhältnis.“* (vgl. Pechar 2007, S. 8, zit.n. Landertshammer 2007, S. 08-4). Indirekt wird die dahinterstehende Frage in den verschiedenen Zugängen zu pädagogischen Innovationen oder Paradigmen wie der „neuen Lernkultur“ sichtbar. In der pädagogischen Literatur zur Entwicklung emanzipatorischer Lernkulturen werden diese dem Effizienzpostulat traditioneller Lernkulturen mehr oder weniger direkt gegenübergestellt (**Regina Mikula**), während **Jörg Markowitsch** und **Günter Hefler** eher unterschiedliche Typen von Weiterbildung identifizieren, die nebeneinander im Marktgeschehen ihre Nachfrage suchen und finden müssen. In den Beiträgen von **Thomas Kreiml** und **Gerhard Bisovsky** wird die

Frage der Effizienz auf der Ebene der Praxis der Weiterbildungsinstitutionen etwas anders gestellt: Wie kann den Notwendigkeiten einer neuen Lernkultur unter den Imperativen des Wettbewerbs und der Wirtschaftlichkeit (Stichwort: Kostendruck) Rechnung getragen werden? Die Verhältnisse auf den Weiterbildungsmärkten beinhalten sicherlich viele Ungereimtheiten zu diesen Fragen, beispielsweise die Preisdifferenzen in verschiedenen Segmenten bzw. die Preisunterschiede zwischen betrieblichen und öffentlichen (arbeitsmarktpolitischen) Maßnahmen, die an die alte These von J. K. Galbraith über *privaten Reichtum und öffentliche Armut* erinnern.

Eine dritte Frage auf dieser Grundsatzebene betrifft die Einschätzung der Gewichtungen zwischen individuellen, öffentlichen und betrieblichen Verantwortlichkeiten im Bereich des LLL, die unmittelbare Konsequenzen für die Vorstellungen über Finanzierungs- und Fördermechanismen hat und auch direkt oder indirekt in verschiedenen Beiträgen angesprochen wird. Insbesondere der „Bedarf nach Politik“ steht hier zur Debatte und damit letztlich auch der Bedarf nach einer LLL-Strategie. Es wird weithin davon ausgegangen, dass die Erwachsenenbildung und Weiterbildung in Österreich „marktmäßig“ bereitgestellt werden. Die politischen Implikationen dieser Ansicht werden jedoch selten explizit in ihrer Tragweite diskutiert, auch nicht in den vorliegenden Beiträgen. Marktmäßiges Verhalten bedeutet, dass die verschiedenen AkteurInnen entweder nach ihren Bedürfnissen und ihrer Kaufkraft konsumieren oder ihre Investitionen nach ihren Ertragserwartungen tätigen. Konsum- oder Investitionsgüter haben unterschiedliche Strukturen und eine wesentliche konzeptionelle Grundlage des LLL-Konzeptes besteht darin, dass sich der Markt (soweit er besteht) von einem Konsumgüter- zu einem Investitionsgütermarkt gewandelt hat. Dieser Wandel wird oft mit „Ökonomisierung“ verwechselt. Dieser Begriff ist aber nicht treffend, da sowohl der Konsumgütermarkt als auch der Investitionsgütermarkt Märkte sind und sich nur *die Art der ökonomischen Rationalität* gewandelt hat.

Die Interventionslogik unterscheidet sich jedoch grundlegend von diesen beiden Rationalitäten: In der Investitionslogik tritt Marktversagen beispielsweise dann auf, wenn sich Erträge bei anderen AkteurInnen zeigen als bei jenen, die investiert haben. (Dieses Problem wird in der Forschung vor allem zwischen ArbeitnehmerInnen und Betrieben gesehen und führt zur Unterinvestition). Bei Marktversagen sind die Anreize richtig zu setzen und/oder öffentliche Interventionen zu tätigen. Über diese Fragestellungen zum Marktversagen innerhalb der Marktlogik hinausgehend wird auch die Frage gestellt, inwieweit – wie z.B. im Pflichtschulbereich – die Bereitstellung von Bildungsangeboten überhaupt in der Marktlogik stattfinden soll bzw. inwieweit Erwachsenenbildung als öffentliches Gut (oder als Kollektivgut) bereitgestellt werden soll.

Die Beiträge gehen einhellig von einem gegebenen Interventionsbedarf aus, ohne diesen jedoch zu beziffern, und unterscheiden sich deutlich in den Akzentuierungen. **Biffi** betont die sozialen Erträge und sieht daher starken öffentlichen Interventionsbedarf sowohl bei den Rahmenbedingungen als auch bei der Finanzierung; **Michael Tölle** arbeitet einen geringen öffentlichen Beitrag zur Erwachsenenbildung und Weiterbildung heraus und stellt die Frage nach notwendigen Zusatzinvestitionen; **Landertshammer** betont die Stärkung der Anreize bei Individuen (gestaffelt nach ihrer Ausgangssituation) und bei den Unternehmen (ebenfalls nach ihrer Ausgangssituation und ihren Beiträgen). Die Frage der öffentlichen Güter wird von **Bisovsky** anhand der Förderung von Bildungsinstitutionen und von **Gerhild Schutti** anhand der Bildung für Nachhaltigkeit angesprochen. Inwieweit die Schaffung von Rahmenbedingungen auch die öffentliche Bereitstellung oder Förderung der Infrastruktur erfordert, ist nicht nur eine politische Grundsatzfrage, sondern kann auch empirisch gestützt diskutiert werden: Welche Rolle spielen Subventionen oder Stützungen im gegenwärtigen Markt (beispielsweise im Bereich der Institutionen der Sozialpartner)? Inwieweit wird eine effektive und effiziente Marktexpansion durch Kaufkraftbeschränkungen behindert (beispielsweise im Bereich des AMS)? Inwieweit sind die hohen Partizipationsquoten in den Nordischen Ländern oder auch im Vereinten Königreich wesentlich durch die öffentliche Bereitstellung bzw. Förderung der Infrastruktur in der Vergangenheit zu erklären und ist diese Geschichte überspringbar?

Bei der Frage nach der Bereitstellung öffentlicher Güter kann es *inhaltliche Gesichtspunkte* geben oder auch *Zugangs- oder Wirksamkeitsaspekte*. Im Bereich der Erstausbildung ist es beispielsweise mehr oder weniger unbestritten, dass der Markt den Erfordernissen des sozialen Zusammenhaltes nicht Genüge tun kann und daher die Pflichtschulbildung öffentlich zur Verfügung gestellt werden muss. Im Bereich der Erwachsenenbildung gibt es ebenfalls Inhalte, die verpflichtend zu thematisieren sind, beispielsweise ist dies im Bereich des Arbeitsschutzes bereits durch Vorschriften der Fall. Inhaltliche Imperative werden auch im Bereich der Nachhaltigkeit, aber auch der Gesundheit oder der politischen Beteiligung bzw. der Freizeitnutzung aufgeworfen – gewissermaßen geht es dabei insgesamt um Fragen des „Bildungsauftrages“ im Bereich der Erwachsenenbildung. Bildungsökonomisch wäre die Frage so zu stellen: Ist die Bereitstellung von öffentlichen Gütern in diesem Bereich notwendig und begründbar bzw. welche Güter sind dies? Sind die Ziele der individuellen Entfaltung (die klarerweise auch emanzipatorisch zu sehen ist) und des sozialen Zusammenhaltes, wie sie unwidersprochen in den EU-Vorschlägen enthalten sind, derartige öffentliche Güter? Die Beiträge von **Filla** und **Mikula** bejahen diese Frage ganz klar, wenn auch mit anderen Formulierungen. Die Bereitstellung öffentlicher Güter unter Zugangs- und Wirksamkeitsaspekten wird noch deutlicher gefordert, z.B. durch die klare Forderung nach dem kostenfreien Nachholen von Abschlüssen nach bestimmten Standards. Periodische „Brush-up“-Garantien (beispielsweise unterstützt durch Bildungsfreistellungsrechte) oder die

Formulierung von angestrebten Minimalbeteiligungsquoten in bestimmten Bereichen, etwa Klein- und Mittelunternehmen, wären weitere Beispiele. Eine deutlichere Spezifikation der Diskussionen in dieser Richtung könnte die Festlegung und Zuschreibung der Verantwortlichkeiten im bildungspolitischen Prozess voranbringen: *Wer soll welche öffentlichen Güter in welchem Umfang, wo und für wen anbieten bzw. finanzieren?*

Neue Evidenzen?

Es ist eine bereits feststehende Aussage in den Debatten um die Entwicklung des LLL in Österreich, die auch in den vorliegenden Beiträgen mehrfach ausgesprochen wird, dass die Wissensbasis schwach und unzureichend ist. Weitaus unklarer und strittiger ist hingegen, welches Wissen gebraucht wird. Wenn man Statistiken über Erwachsenenbildung meint, so gibt es einige neuere Arbeiten, die einen Überblick über bestimmte Grundparameter der Beteiligung geben, z.B. Bestandsgrößen zu Finanzierung, Beteiligung, teilweise zu inhaltlichen Gesichtspunkten, aber vieles offen lassen³ (siehe Biffi/Lasnigg 2007; Kerschbaumer/Ithaler/Paier 2006; Markowitsch/Strobl 2005; Schneeberger 2005; Scheuermann 2003; sowie www.erwachsenenbildung.at⁴). Zu anderen Aspekten, insbesondere z.B. zu Prozessmerkmalen und Erträgen gibt es bisher fast keine Evidenzen über Österreich (indirekte Hinweise gibt es aufgrund des Mikrozensus in Lasnigg/Vogtenhuber/Steiner 2007; zu monetären Aspekten in Böheim/Schneeweis et al. 2007; Steiner/Schuster/Vogtenhuber 2007). Manche Beiträge verweisen auf diese Wissensbasen, zu einigen Aspekten werden neue Evidenzen präsentiert:

Markowitsch/Hefler präsentieren aufgrund ihrer AnbieterInnen-Daten einen Überblick über die Marktstruktur nach Institutionstypen oder Marktsegmenten, die grob mit den nachfrageseitigen Informationen zur betrieblichen oder arbeitsmarktnahen Verteilung verglichen werden kann. Es ergeben sich zwischen verschiedenen Quellen völlig unterschiedliche Verteilungen, selbst in den Größenordnungen (vgl. Tabelle 1).

³ Eine neuere umfassende Markterhebung von Kreutzer, Fischer & Partner (2007) im Auftrag des WIFI über die Finanzierungs-, Beteiligungs- und Angebotsstrukturen im Jahr 2005 ist leider nicht öffentlich verfügbar. In dieser Studie ergeben sich 1,2 Millionen TeilnehmerInnen und 500 Millionen Euro als Umsatz, wobei die Förderungen zum Lebensunterhalt bzw. Lohnanteile oder Opportunitätskosten nicht enthalten sind.

⁴ Siehe dazu auch: http://erwachsenenbildung.at/grundlagen/daten_und_fakten/datenfakten.php

Tabelle 1: Verteilung der TeilnehmerInnenstunden auf Institutionen nach verschiedenen Quellen

	Anbieter 3s	MZ 2003*	CVTS*
Privat profitorientiert	19%	19%	47%
Schulen, FH, Unis	19%	31%	6%
Sozialpartner	27%	33%	29%
Andere	32%	17%	18%

* Ohne WB im eigenen Betrieb beim eigenen Arbeitgeber bzw. betriebsnahe WB

Quellen: Markowitsch/Hefler 2007; Lassnigg/Vogtenhuber/Steiner 2007, S. 8., eigene Darstellung

Elfriede Wagner hat einige Informationen über die Inanspruchnahme und die Förderhöhe von verschiedenen Maßnahmen der Individualförderung sowie der steuerlichen Begünstigung zusammengestellt, die jedoch leider so unvollständig sind, dass eine Hochrechnung auf die Beteiligung nicht mehr als ganz grobe Größenordnungen ergibt, die den Informationen im Mikrozensus (MZ) 2003 gegenübergestellt werden können.

Tabelle 2: Sehr grob geschätzte Größenordnungen des Fördervolumens der beschriebenen Maßnahmen der Subjektförderung (unvollständig, teilweise sehr unsicher)

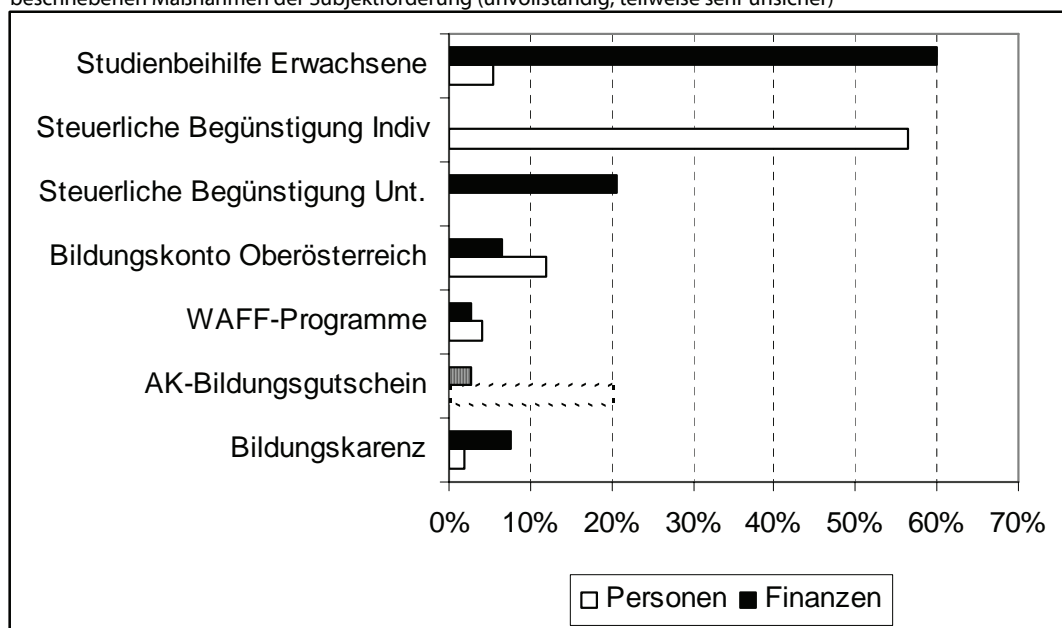
	Grob geschätzte Teilnahme	Grob geschätztes Finanzvolumen
Bildungskarenz	3.000 (2005 bei geschätzter durchschnittlicher Dauer 6 Monate)	8 Mio. EUR (~2.600 EUR/Fall)
AK-Bildungsgutschein	Max. 30.000 (Lt. MZ ~100.000 durch Interessenvertretung geförderte TeilnehmerInnen 2003; lt. Evaluierung 70% „Mitnahme“-Effekt)	Max. 3 Mio. EUR (max. 100 EUR/Fall)
WAFF - Programme (Weiterbildungskonto, Frech, Nova, PISA-Plus)	5.900 TN (2005)	2,8 Mio. EUR (~475 EUR/Fall)
Bildungskonto Oberösterreich	~17.600 (geschätzter Durchschnitt pro Jahr 2001-2003; Inanspruchnahme ~95%)	7 Mio. EUR (400 EUR/Fall)
Bildungsfreibetrag und Bildungsprämie		22 Mio. EUR
Steuerliche Begünstigung durch Werbungskosten	~ 84.000 (lt MZ 2003)	
Studienbeihilfe für Erwachsene (Selbsterhalterstipendien, Studienabschlussstipendien)	~8.000 Personen (2006)	Max. 64 Mio. EUR (Höchststipendium ca. 8.000 pro Jahr)
Tentative identifizierbare Summen an Förderungen in einem Jahr	~150.000 Personen	~110 Mio. EUR

Quelle: Wagner 2007, eigene Darstellung

In Tabelle 2 werden die im Beitrag von Wagner erfassten Förderungen nach ihren quantitativen Eckwerten sehr grob abgeschätzt dargestellt, um einen Eindruck über die

Größenordnungen für die vorhandenen Volumina und ihre Struktur zu bekommen. Es fehlen Maßnahmen (z.B. die AK-Gutscheine der verschiedenen Bundesländer), für manche Maßnahmen sind nur Obergrenzen bekannt, die Erfassungsjahre differieren und für manche Maßnahmen gibt es nur teilweise Hinweise. Dennoch ergeben sich Anhaltspunkte für die Größenordnungen dieser Förderungen etwa im Vergleich zu den Beiträgen der öffentlichen Hand oder des AMS wie auch im Vergleich zu den Gesamtvolumina der Erwachsenenbildung und Weiterbildung. Im Vergleich zu den Mikrozensus-Werten betreffen diese Förderungen etwa 10% der TeilnehmerInnen bzw. etwa 5% der Finanzmittel. Die Abbildung 1 illustriert die Verteilung und zeigt gewisse Ungleichgewichte, die auch aus der Literatur bekannt sind: Bei den Finanzmitteln machen die Förderungen des Lebensunterhalts klarerweise sehr viel mehr aus als die Förderungen von Bildungsmaßnahmen; weiters bewegen steuerliche Maßnahmen bedeutende Mittel und betreffen viele Personen, obwohl ihre Effizienz und Effektivität am meisten in Frage steht; gezielte Maßnahmen für Erwachsene machen auf beiden Dimensionen nur einen ziemlich kleinen Teil aus (wenn man vom hohen Gewicht der SelbsterhalterInnen-Stipendien absieht).

Abbildung 1: Illustration der Verteilung der sehr grob geschätzten Größenordnungen des Fördervolumens der beschriebenen Maßnahmen der Subjektförderung (unvollständig, teilweise sehr unsicher)



Quelle: Wagner 2007, eigene Darstellung

Markowitsch/Hefler tragen mit ihrer „prozessorientierten Typisierung von Weiterbildungsprodukten“ und ihren qualitativen Befunden über die Wahrnehmung von Innovationen im Weiterbildungsmarkt einen beträchtlichen Hauch von Realität in die oft abstrakte und gewissermaßen „fundamentalistische“ pädagogische Diskussion, die stark auf universelle methodische Prinzipien abstellt. Offensichtlich bestehen in der Realität verschiedene Formen von Lernkulturen nebeneinander (möglichst effiziente Wissensvermittlung, emanzipatorische Persönlichkeitsentwicklung, Organisationsentwicklung im

weitesten Sinne) und vermutlich wird das auch in Zukunft so sein. Innovationen werden von den privaten WeiterbildungsanbieterInnen stark bedarfsorientiert interpretiert, d.h. das verfügbare methodische Arsenal wird in dieser Praxis als selbstverständlich verfügbares Reservoir für Innovationen gesehen und nicht per se als Innovation. Eine abstrakte Gegenüberstellung von „traditioneller“ und „neuer“ Lernkultur (**Mikula**) wird durch diese Befunde eher relativiert.

Kreiml präsentiert Befunde zur Situation der Lehrenden im Bereich von AMS-Weiterbildungsmaßnahmen, die aufgrund ihres hohen Marktanteiles von zumindest einem Viertel für die Situation im Gesamtmarkt relevant sind. Es wird eine breite Spanne von Stundeneinkommen berichtet (zwischen 11 und 78 Euro) und vor allem auch die große Unsicherheit und eine daraus entstehende Mischung aus Arbeitsdruck, Abhängigkeit und Fluktuationsbereitschaft herausgearbeitet, die zweifellos wenig positive Einflüsse auf eine professionelle Entwicklung ausübt.

Chancengleichheit, Benachteiligung und Förderungsformen

In verschiedenen Beiträgen werden benachteiligende Aspekte der österreichischen Bildungsstruktur sowohl in der Erstausbildung als auch in der Erwachsenenbildung aufgezeigt, denen durch geeignete Interventionen entgegengearbeitet werden soll. **Landertshammer** hebt – im Einklang mit der Leitlinie der Lebensphasenorientierung von Angeboten im LLL-ExpertInnenpapier und mit den Forderungen und Benchmarks im Sozialpartnerpapier – die Notwendigkeit der Schaffung von offenen Möglichkeiten für das Nachholen aller Bildungsabschlüsse hervor. **Tölle** legt einen Schwerpunkt auf die Problematik der AbbrecherInnen aus dem Schul- und Bildungswesen und berechnet Finanzerfordernisse für einen kostenfreien Erwerb grundlegender Abschlüsse. **Biffi** legt großes Gewicht auf die Schaffung eines Qualifikationsrahmens, der auch geeignete Instrumente für die Validierung und Anerkennung informeller Kompetenzen enthalten soll, um bessere Zugänge zu weiterführenden Abschlüssen zu fördern.

Ein zweiter Gesichtspunkt zur Verbesserung der Chancengleichheit betrifft die Schaffung bzw. Erweiterung von spezifischen Förderungen und Anreizen für bildungsferne Personen und Personengruppen (z.B. in den Beiträgen von **Biffi**, **Landertshammer**, **Tölle** und **Schutti**). Beispiele sind erhöhte und differenzierende Förderungen für bildungsferne Personen oder auch verstärkte und differenzierende Förderungen von Angeboten in Unternehmen, die sich auf bildungsferne Personen beziehen. Als wichtige Zielgruppen für gezielte Förderungen werden ältere Personen und Personen mit Migrationshintergrund genannt, letztere werden insbesondere im Zusammenhang mit Überlegungen zur Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt

der Aufmerksamkeit gestellt (**Schutti**). Im Bereich der Anreize und Förderungen gibt es viele offene empirische Fragen nach den Möglichkeiten und Grenzen ihrer Wirksamkeit. Steuerliche Anreize sind teilweise Gegenstand fundamentalistischer Diskussionen. Im Hinblick auf ihre empirische Wirksamkeit stehen viele Zweifel, aber wenig Nachweise im Raum (siehe OECD 2003, EIM/SEOR 2005). Eine spezielle Frage im Bereich steuerlicher Anreize betrifft die Verteilungswirkungen, sowohl weil Steuererleichterungen nur dann wirken, wenn sie aufgrund entsprechend hoher Einkommen spürbar sind, als auch weil diese Maßnahmen einen entsprechenden Informationszugang und Administrationsaufwand erfordern, was nur selektiv gegeben ist. Im Bereich der Individualförderungen, die im Prinzip marktorientiert sind, gibt es verschiedene Modelle, die theoretisch und konzeptionell sehr plausibel und durchdacht sind (Gutscheine oder Bildungstitel, Stipendien oder Kredite, Bildungskonten etc.), die im Hinblick auf ihr empirisches Funktionieren jedoch weniger gut abgesichert sind. Insbesondere zeigen die bisherigen Versuche mit diesen Instrumenten Akzeptanzprobleme und sozial selektive Wirkungen. Wenn die Akzeptanzprobleme reduziert werden, indem die Zugänglichkeit erleichtert wird, entsteht die Gefahr von Mitnahmeeffekten. Im Beitrag von **Wagner** wird für entsprechende Evaluierungs- und Monitoringaktivitäten plädiert.

Die oft übertrieben in den Beiträgen thematisierte Gegenüberstellung von Individualförderungen und Infrastrukturförderungen wurde durch das Sozialpartnerpapier entschärft, indem eine Kombination der beiden Aspekte – jeweils in bestimmten Bereichen – vorgeschlagen wird.

Finanzbedarf

Eine zentrale Frage der Entwicklung einer LLL-Strategie betrifft ihre Finanzierung, hinsichtlich des Umfangs als auch der Finanzierungsquellen. Nachdem im Hinblick auf Forderungen nach zusätzlichen öffentlichen Mitteln im Bereich der Erstausbildung keine Schranken bestehen und die Protagonisten oft auch nur geringe Anforderungen an die Intelligenz und Tragfähigkeit ihrer Begründungen hegen, stellt sich die Frage nach zusätzlichen Mitteln auch für den Bereich der Erwachsenenbildung und Weiterbildung. Hier stehen nur wenig vergleichbare Forderungen im Raum; nach Begründungen wird entsprechend wenig gesucht (einige Hinweise und Begründungen finden sich in Lassnigg 2007).

In zwei Beiträgen wird – vergleichbar mit dem Sozialpartnerpapier – gefordert, die Beteiligungsquote (gemessen durch den EU-Indikator) auf 20% zu erhöhen. Man kann nach den finanziellen Implikationen der Verwirklichung dieser Forderung fragen, also: Wie viele

Personen müssten sich zusätzlich beteiligen (bzw. sollten den Umfang ihrer Beteiligung ausweiten) und wie viele Mittel wären dafür zusätzlich erforderlich. Tentative und sehr simplifizierende Hochrechnungen aufgrund der gegenwärtigen bzw. vergangenen Beteiligung führen zu Größenordnungen von 300.000 bis 400.000 zusätzlichen Teilnahmen zu Kosten von 200 bis 400 Mio. Euro (die Größenordnungen vorhandener Förderungen machen etwa ein Viertel bis die Hälfte dieses Zuwachses aus). Diese Summen entsprechen auch anderen bereits im Raum stehenden Forderungen und würden den Abstand zur Erstausbildung aber immer noch nicht sehr wesentlich verringern (siehe Lassnigg 2006). Im Vorschlag für die ESF-Programmplanung werden 2007-2013 pro Jahr etwa 17,4 Mio. Euro für den Schwerpunkt LLL vorgesehen.⁵ In diesem Zusammenhang werden auch internationale Erfahrungen im Hinblick auf mögliche Benchmarks eingebracht, indem verschiedentlich vorgeschlagen wird, dass sich Österreich im Bereich der Beteiligung an Erwachsenenbildung nicht am EU-Durchschnitt orientieren sollte, sondern an den Ländern mit den Spitzenwerten. Es ist nur leider nicht einmal in Umrissen erkennbar, wie ein derartiges Ziel erreicht werden könnte.

Online-Diskussion

Einen direkten Beitrag zur politischen Diskussion liefern die Beiträge in der Rubrik Standpunkte, die pointierte persönliche Beiträge aus den verschiedenen wichtigen institutionellen Kontexten enthält (Nachhaltigkeitsforum, Volksbildung, Sozialpartner). In diesen Beiträgen werden einige grundlegende Aspekte angesprochen und zur Diskussion gestellt, etwa der fehlende Bezug zur Nachhaltigkeitsdebatte, Ungerechtigkeiten und Vorschläge für Förderstrategien, grundlegende Erwägungen zur institutionellen Struktur und zu politischen Defiziten bzw. Fehleinschätzungen. Um die Diskussion über diese Fragen der LLL-Strategie und der Erwachsenen- und Weiterbildungspolitik zu fördern und weiterzuführen, wird die Gelegenheit geschaffen, eine weitergehende Diskussion über die „Standpunkte“-Beiträge der vorliegenden Ausgabe in Kooperation mit dem *Lifelong-Learning-Lab (L³Lab) online* zu führen⁶.

Mit Stand 2007-12-10 sind in dieser Diskussion 34 Beiträge eingelangt, die teilweise in Verbindung mit einer Lehrveranstaltung an der Universität Graz entstanden sind. Sechs Beiträge bzw. AutorInnen wurden in dieser Diskussion angesprochen: Bisovsky (9), Schutti (6), Tölle (5), Harramach (4), Filla (1) und Landertshammer (1). Manche AutorInnen haben

⁵ Nähere Informationen dazu auf: http://www.esf.at/downloads/publikationen/ESF-OP_Februar-2007.pdf

⁶ Nähere Informationen dazu auf: <http://l3lab.erwachsenenbildung.at/2007/10/31/dialog-erwachsenenbildungat/>

auch geantwortet. Die folgenden Themen wurden in der Online-Diskussion vornehmlich hervorgehoben:

Zugang von bildungsfernen Personengruppen und Anforderungen an Förderstrategien: Diese Thematik wurde bei mehreren Beiträgen kritisch angemerkt, wobei vor allem auf die Verantwortung der öffentlichen Hand sowie auf offene Fragen der Umsetzung und auch auf mögliche Widersprüche zwischen den Forderungen nach Effizienz und Gerechtigkeit hingewiesen wurde. Es wurde unterstrichen, dass die Weiterbildungsinstitutionen ohne entsprechende Ausweitung der öffentlichen Förderungen mit der Erweiterung des Zuganges für bildungsferne Personengruppen, darunter auch MigrantInnen, überfordert seien und dass überdies zu hohe Effizienzanforderungen in diesem Bereich die Aktionsspielräume einschränken würden.

Möglichkeiten und Grenzen von selbstgesteuertem Lernen, eLearning und Blended Learning: In den Diskussionsbeiträgen wurden verschiedene Anforderungen an die Teilnahme an selbstgesteuerten Lernprozessen, insbesondere im Zusammenhang mit der Nutzung von Computern und Internet, herausgearbeitet, die spezielle Barrieren aufbauen können. Vor allem mangelnde PC-Kenntnisse und unzureichende (zu schwache) Internetzugänge können hier Schwierigkeiten bereiten. In diesem Zusammenhang wurden speziell für die Erwachsenenbildungseinrichtungen auch mögliche Widersprüche zwischen den (Selbst-) Selektionsprozessen und den Anforderungen an die Förderung der Lernpotentiale von TeilnehmerInnen erwähnt.⁷ Ein weiterer Aspekt betrifft die Zwänge, die mit den Anforderungen an verstärktes Lernen verbunden sein können – in demokratischen Gesellschaften müsste es auch die Freiheit geben, nicht Lernen zu müssen ...

Anforderungen an und Potentiale von älteren Personen: Hier drehte sich die Diskussion vorrangig darum, ob es legitim sei, ältere Personen vor allem im Zusammenhang mit Anforderungen an ihre Beschäftigungsfähigkeit zum Weiterlernen zu verpflichten. Teilweise wurde betont, dass Angebote für Lernprozesse, die den unmittelbaren beruflichen Horizont überschreiten und sich breiter auf Lebensfragen und gesellschaftliche Teilhabe beziehen, motivierender sein könnten und gleichzeitig wichtige Schlüsselkompetenzen vermitteln. Ebenso wurde herausgearbeitet, dass ältere Personen nicht nur hinsichtlich der Teilnahmeerfordernisse angesprochen werden sollten, sondern auch im Hinblick auf ihre

⁷ Untersuchungen zu den Ressourcenpotentialen und -notwendigkeiten für die verschiedenen Formen des eLearning zeigen, dass sich in diesem Zusammenhang die TeilnehmerInnen beträchtliche (insbesondere zeitliche) Ressourcen ersparen können, dass aber zum anderen gute Angebote einen hohen Investitionsaufwand erfordern (siehe dazu z.B. Gelderblom/de Koning 2007).

Erfahrungshorizonte, die sie im Zuge des Lifelong Learning an andere weitervermitteln könnten und sollten.

Informationsstrategien und Transparenz von regionalem/lokalem Angebot und Qualität: Hier wurde generell die Notwendigkeit einer besseren Transparenz der Angebote, vor allem auch im regionalen und lokalen Rahmen, unterstrichen. Darüber hinaus wurde betont, dass die Transparenz der Qualität der Angebote erhöht werden müsste. Über die Methoden hierfür entspann sich eine kontroverielle Diskussion über die Eignung der KundInnenzertifizierung.

Diese angesprochenen Themen geben einen gewissen Einblick in die Interessen der LeserInnen und sie zeigen auch teilweise eine andere Schwerpunktsetzung als die Beiträge des Heftes insgesamt. Eine rege Weiterführung der Diskussion ist zu erhoffen.

Verwendete Literatur

Landertshammer, Michael (2007): Die Schlüsselstellung der beruflichen Weiterbildung im LLL-Prozess und Vorschläge zu ihrer Finanzierung. Online im Internet:
http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/07-2/meb07-2_08_landertshammer.pdf [Stand: 2007-12-10].

Markowitsch/Hefler (2007): Innovationsverständnis am österreichischen Weiterbildungsmarkt - ausgewählte empirische Befunde. Online im Internet:
http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/07-2/meb07-2_04_markowitsch-hefler.pdf [Stand: 2007-12-10].

Wagner, Elfriede (2007): Die österreichische Förderlandschaft: ausgewählte Instrumente zur Unterstützung individueller Weiterbildungsaktivitäten. Online im Internet:
http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/07-2/meb07-2_12_wagner.pdf [Stand: 2007-12-10].

Weiterführende Literatur

Biffl, Gudrun/Lassnigg, Lorenz (2007): Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen: Vergleichende Analysen und Strategievorschläge für Österreich. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 102. Wien. Online im Internet:
<http://wien.arbeiterkammer.at/pictures/d60/MaterialienWuG1021.pdf> [Stand: 2007-10-16].

Böheim, René/Schneeweis, Nicole et al. (2007): Renditen betrieblicher Weiterbildung in Österreich. Institut für Volkswirtschaftslehre, JKU Linz. Untersuchung im Auftrag der Arbeiterkammer Wien. Endbericht (im Erscheinen in Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft).

EIM/SEOR (2005) Instruments and incentives for promoting Lifelong Learning – A compendium of Good Practice. Volume 1. Main Report. Online im Internet:
http://ec.europa.eu/employment_social/incentive_measures/studies/III_main_rep_vol1_en.pdf [Stand: 2007-12-10]

EIM/SEOR (2005) Instruments and incentives for promoting Lifelong Learning – A compendium of Good Practice. Volume 2. Summary Report. Online im Internet:
http://ec.europa.eu/employment_social/incentive_measures/studies/III_summary_vol2_en.pdf [Stand: 2007-12-10].

Gelderblom, Arie/de Koning, Jaap (2007) ICT: the electronic highway to lifelong learning? In: Lassnigg, Lorenz et al. (Hg.) (2007): Lifelong learning. Building bridges through transitional labour markets. Apeldoorn-Antwerpen, pp. 139-161.

Kerschbaumer, Arno/Ithaler, Daniel/Paier, Dietmar (2006): Berufliche Weiterbildung in Wien. Endbericht. ZBW im Auftrag des WAFF. Graz.

- Lassnigg, Lorenz (2006): „Lifelong Learning“ – eine gesellschaftliche Herausforderung an die Bildungspolitik. Beitrag zur Tagung „Einladung zum Dialog: Lebenslanges Lernen“ 12.12. - 13.12.2006 im BIFEB, Strobl. Online im Internet: http://www.bifeb.at/III_tagung/strobl-dez06-red1.pdf [Stand: 2007-10-16].
- Lassnigg, Lorenz (2007): Faktenlage, Positionen und Fragen in den Prioritäten für die LLL-Strategie. Magazin-erwachsenenbildung.at. Ausgabe 0. Online im Internet: http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/07-0/meb-ausgabe07-0_06_lassnigg.pdf [2007-10-16].
- Lassnigg, Lorenz/Vogtenhuber, Stefan/Steiner, Peter M. (2006): Weiterbildung in Österreich. Finanzierung, Beteiligung und Wirkungen. Endbericht. Online im Internet: <http://www.equi.at/pdf/ak-ihs-weiterbildung.pdf> [Stand: 2007-12-10].
- Lassnigg, Lorenz/Vogtenhuber, Stefan/Steiner, Peter M. (2007): Finanzierung und Förderung von Lifelong learning in Österreich. Online im Internet: <http://www.equi.at/pdf/ak-ihs-weiterbildung-artikel.pdf> [Stand: 2007-12-10].
- Markowitsch, Jörg/Strobl, Peter (Hg.) (2005): Betriebliche Weiterbildung in Österreich. Konzepte, Anbieter, Trends. Wien.
- OECD (2003): Upgrading Workers' Skills and Competencies. Ch.5 Employment Outlook: 2003, pp. 237-296.
- Scheuermann, Friedrich (2003): Bildungsfinanzierung. Aufbereitung der Begleitforschung zu bisherigen Fördersystemen durchgeführt im Rahmen des EQUAL-Projektes tuwas.com/Modul 1. Zukunftszentrum Tirol. Online im Internet: http://www.tuwas.com/tuwas/bildungtirol/recherchen_zukunftszentrum/bildungsfinanzierung.pdf [Stand: 2007-12-10].
- Schneeberger, Arthur (2005): Beteiligungsstruktur und Ressourcen der Erwachsenenbildung. Empirische Grundlagen zu einer Strategie des lebensbegleitenden Lernens. BMBWK. Materialien zur Erwachsenenbildung 2/2005. Online im Internet: http://www.erwachsenenbildung.at/services/publikationen/materialien_zur_eb/2_05_Online-Version-GESAMT.pdf. [Stand: 2007-10-16].
- Steiner Peter M./Schuster, Julia/Vogtenhuber Stefan (2007): Bildungserträge in Österreich von 1999 bis 2005. Forschungsbericht des IHS in Kooperation mit Statistik Austria. Wien. Online im Internet: <http://www.equi.at/pdf/bildungsrendite-2007.pdf> [Stand: 2007-12-10].

Weiterführende Links

- Chance Bildung. Konzepte der österreichischen Sozialpartner zum lebensbegleitenden Lernen als Beitrag zur Lissabon-Strategie: http://www.sozialpartner.at/sozialpartner/ChanceBildung_20071003.pdf
- Chance Bildung. Bad Ischler Dialog: http://www.arbeiterkammer.at/pictures/d59/ChanceBildung_Kurzfassung.pdf
- Daten und Fakten zur Erwachsenenbildung: http://erwachsenenbildung.at/grundlagen/daten_und_fakten/datenfakten.php
- Dialog erwachsenenbildung.at: <http://l3lab.erwachsenenbildung.at/2007/10/31/dialog-erwachsenenbildungat/>
- ExpertInnenpapier 2007: Leitlinien einer kohärenten LLL-Strategie für Österreich bis 2010. In einer ersten Konsultation abgestimmte Vorschläge einer facheinschlägigen ExpertInnengruppe. Endfassung 20. Jänner 2007. Krems. Online im Internet: http://www.erwachsenenbildung.at/services/publikationen/sonstige/leitlinien_III-strategie_endversion_2007.pdf
- Ziel 2 Österreich 2007-2013. Operationelles Programm Beschäftigung: http://www.esf.at/downloads/publikationen/ESF-OP_Februar-2007.pdf



Dr. Lorenz Lassnigg

Studienabschluss 1980 (Pädagogik und Politikwissenschaft), anschliessend Postgradualer Lehrgang in Soziologie am IHS und freiberufliche Forschungstätigkeit (u.a. am Institut für Tiefenpsychologie der Universität Wien). Seit 1985 geht Lorenz Lassnigg Forschungs- und Lehrtätigkeiten am IHS nach. 1990 war er als Gastwissenschaftler am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB, Schwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung) tätig, 1991 als Visitor an der University of California (Berkeley, Center for Studies of Higher Education, CSHE). Im Jahr 1995 war er Mitglied eines Review-Teams zur Evaluation des Systems der Berufsbildung von Minas Gerais, Brasilien, 1998/99 Consultant für die OECD (Rapporteur des OECD-Review-Teams zur Evaluierung Finnlands im Projekt "Transition from School to Working Life"). Seine lautenden Tätigkeiten liegen in der Erstellung von Gutachten für verschiedene nationale und internationale Stellen, er hat verschiedene Lehraufträge an den Universitäten Wien, Klagenfurt, Graz und der Wirtschaftsuniversität Wien. die Forschungsschwerpunkte von Lorenz Lassnigg liegen in der Sozialwissenschaftlichen Bildungsforschung an der Schnittstelle zwischen sozialen, politischen und ökonomischen Fragestellungen, insbesondere im Umkreis der Koordination von Bildung und Beschäftigung, sowie in der Evaluationsforschung im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und in der Organisationstheorie.

E-Mail: [lassnigg\(at\)ihs.at](mailto:lassnigg@ihs.ac.at)
Web: <http://www.ihs.ac.at>
Telefon: +43 (0) 1 59991-214

Impressum/Offenlegung

Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

ISSN: 1993-6818

Gefördert aus Mitteln des ESF und des bm:ukk

Projekträger: Bundesinstitut für Erwachsenenbildung

Projektpartner: Institut EDUCON – Mag. Hackl

Herausgeberinnen

Mag.^a Regina Rosc (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur)

Dr.ⁱⁿ Margarete Wallmann (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)

Medieninhaber und Herausgeber



Bundesministerium für Unterricht,
Kunst und Kultur
Minoritenplatz 5
A - 1014 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A - 5350 Strobl

Fachredaktion

Mag.^a Barbara Daser (ORF Radio Ö1, Wissenschaft/Bildung)

Univ.-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Elke Gruber (Alpen-Adria-Universität Klagenfurt)

Mag. Wilfried Hackl (Institut EDUCON)

Dr. Christian Kloyber (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)

Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für höhere Studien)

Dr. Arthur Schneeberger (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)

Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)

Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion.

Online-Redaktion

Mag. Wilfried Hackl (Institut EDUCON)

Mag.^a Bianca Friesenbichler (Institut EDUCON)

Lektorat

Mag.^a Laura R. Rosinger (Textconsult)

Design und Programmierung

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

Das Magazin enthält Fachbeiträge von AutorInnen aus Wissenschaft und Praxis und wird redaktionell betrieben. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind sowie an BildungsforscherInnen und Studierende. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema. Ziele des Magazins sind die Widerspiegelung und Förderung der Auseinandersetzung über Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik. Weiters soll der Wissenstransfer aus Forschung und innovativer Projektlandschaft unterstützt werden.

Copyright

Wenn nicht anders angegeben, erscheinen die Artikel des „Magazin erwachsenenbildung.at“ unter der „Creative Commons Lizenz“. BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich aufführen:

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Keine kommerzielle Nutzung. Dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung. Der Inhalt darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.
- Nennung der Lizenzbedingungen. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieser Inhalt fällt, mitteilen.
- Aufhebung. Jede dieser Bedingungen kann nach schriftlicher Einwilligung des Rechtsinhabers aufgehoben werden.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar an redaktion@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die Online-Redaktion des Magazin erwachsenenbildung.at, c/o Institut EDUCON, Bürgergasse 8-10, A-8010 Graz, Österreich.